

Beate Bockting

# Die deutsch-niederländischen Kulturbeziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg\*

Der folgende Bericht gibt einen Überblick über die deutsch-niederländischen Kulturbeziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Angesichts des Quellenmaterials, das ich bisher gesichtet habe, werde ich mich dabei auf den Bereich der auswärtigen Kulturpolitik konzentrieren und weniger auf die – sagen wir: – „inoffiziellen“ Kulturbeziehungen zu sprechen kommen. Angesichts der politischen Implikationen der deutsch-niederländischen Kulturbeziehungen liegt diese Entscheidung durchaus nahe. Ferner habe ich mich aufgrund meiner Materiallage dazu veranlaßt gesehen, eine Gewichtung zugunsten der Niederlande vorzunehmen.

Einer der wenigen, die sich mit dem zu behandelnden Thema ausführlicher befaßt haben, ist Friso Wielenga. Er weist in seiner Habilitationsschrift „West-Duitsland: Partner uit noodzaak“ darauf hin, daß unterschiedliche Wahrnehmungsmuster in den beiden Staaten zu vielen Mißverständnissen oder gar zu Unverständnis führten.<sup>1</sup> Das komplizierte politisch-psychologische Klima wirkte sich insbesondere im kulturellen Bereich aus und führte dazu, daß die formelle Anerkennung der Normalisierung der bilateralen Kulturbeziehungen durch die Unterzeichnung des deutsch-niederländischen Kulturabkommens erst sehr spät, nämlich erst im Jahre 1961, erfolgte.

Die Normalisierung vollzog sich grob in zwei Phasen. In einer ersten Periode, die bis ungefähr Ende 1951 dauerte, ging es um die Wiederherstellung der kulturellen Beziehungen und um die Umerziehung des deutschen Volkes.

Von bilateralen Beziehungen kann in den ersten Nachkriegsjahren streng genommen noch gar nicht gesprochen werden. Die Tatsache, daß West-Deutschland erst 1949 wieder eigenständige Regierungsgewalt ausüben konnte und außenpolitisch sogar noch länger in einem nur schrittweise von den Besatzungsmächten abgebauten „Vakuum“ verkehrte, verschaffte dem kleinen Nachbar Niederlande – ihm Rahmen der ihm von den Alliierten eingeräumten Möglichkeiten – eine recht günstige Ausgangsposition.

Ungeachtet des ausdrücklichen Bekenntnisses des ersten niederländischen Nachkriegskabinetts zu einer aktiven Kulturpolitik – was einen Traditionsbruch darstellte – wurden die

\* Leicht überarbeitete Fassung eines Vortrags auf der 18. Jahrestagung des Brauweiler Kreises am 15. März 1997 in Lippstadt-Bad Waldliesborn.

<sup>1</sup> Friso Wielenga, West-Duitsland: Partner uit noodzaak. Nederland en de Bondsrepubliek 1949–1955, Utrecht 1989, hier: S. 329.

*außenpolitischen* Aspekte dieser Politik kaum thematisiert. In einem 1946 erschienenen Bericht wurde lediglich als globales Ziel formuliert, daß es darum gehen müsse, im Ausland „goodwill“ für den niederländischen Staat zu wecken.<sup>2</sup> Im Ministerium für Unterricht, Künste und Wissenschaften (Onderwijs Kunsten en Wetenschappen = OKW) gründete man zu diesem Zwecke eine „Abteilung für Intellektuelle und Kulturelle Beziehungen zum Ausland“. Bereits im Februar 1946 sollte der Leiter dieser Abteilung, Dr. F. Bender, im Auftrag des sozialdemokratischen Kultusministers Prof. G. van der Leeuw nach Deutschland reisen, um sich ein Bild vom Fortgang der Demokratisierung der dortigen Universitäten zu machen. Deutschland wurde jedoch zu diesem Zeitpunkt noch dermaßen abgeschottet, daß es selbst für niederländische Politiker und hohe Verwaltungsbeamte schwierig war, Einreisegenehmigungen zu erhalten. Die militärischen Instanzen in Frankfurt verweigerten Bender und seinem Begleiter die Ausgabe von Pässen.

Nach den ersten niederländischen Nachkriegswahlen, die die Rückkehr zum „versäulten“ System der Vorkriegszeit weiter zementierten und die für einen ausgesprochenen Verfechter des Erneuerungs- und Einheitsgedankens wie van der Leeuw keinen Platz mehr ließen, unternahm Abteilungschef Bender einen zweiten Anlauf zu einer Deutschlandreise. Gegenüber seinem neuen Vorgesetzten, dem Katholiken J. Gielen, welcher im Gegensatz zu van der Leeuw ein Gegner zu großen staatlichen Einflusses auf den Bildungs- und Kultursektor war, begründete er sein Vorhaben damit, daß es „unsere Pflicht als Christ und guter Nachbar ist, nicht tatenlos zuzusehen, sondern zu löschen, wenn das Haus des Nachbarn in Flammen steht“.<sup>3</sup> Während seiner zehntägigen Reise im September 1946 besuchte Bender eine Reihe von Universitäten in der britischen, amerikanischen und französischen Besatzungszone und knüpfte Kontakte zu der British Education Branch in Bünde. In dem anschließenden Bericht über die teilweise desolaten Zustände, die er vorgefunden hatte, schlug Bender seinem Minister vor, Niederländer bei der Kontrolle der deutschen Universitäten einzuschalten, denn er hatte den Eindruck gewonnen, „daß insbesondere bei den Amerikanern, aber auch bei den Engländern nicht sehr viel Verständnis für die deutsche Geisteshaltung besteht, welches Verständnis man, auch aufgrund der besseren Sprachkenntnisse, in größerem Maße bei Niederländern erwarten könnte“.<sup>4</sup> Den gleichen Vorschlag unterbreitete Bender auch dem Direktor der British Education Branch. Es hatten sich im Ministerium bereits Interessenten gemeldet, die bereit waren, beim Aufbau der deutschen Universitäten Hand anzulegen. Während Minister Gielen eine zögernde Haltung einnahm und sich nicht festlegen wollte,<sup>5</sup> reagierten die Engländer positiv. Sie standen dem Gedanken, von niederländischer Seite Unterstützung bei ihrem re-education-Programm erhalten zu können, keineswegs abneigend gegenüber. So

<sup>2</sup> Siehe hierzu: A. P. Schmidt/Y. C. L. M. van Dongen, *Buitenlands cultureel beleid. Een terreinverkenning*. Centrum voor Onderzoek van Maatschappelijke Tegenstellingen, RUL, Den Haag 1987 (Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid. Werkdocumenten. W23.), S. 17.

<sup>3</sup> Archiv des niederländischen Ministeriums für Unterricht, Kultur und Wissenschaften in Zoetermeer (Ministerie van Onderwijs Cultuur en Wetenschappen, OCenW), Centrale Directie Voorlichting Bibliotheek en Internationale Betrekkingen, archief afdeling Buitenlandse Betrekkingen (BB); BB 379, doos 292, eerste dossier; dr. F. Bender, 13. 5. 1946.

<sup>4</sup> OCenW (wie Anm. 3), Centrale Directie Internationale Betrekkingen (CD IB), doos 330-2. Verslag over een bezoek aan eenige Duitse universiteiten.

<sup>5</sup> Brief Bender an H. P. H. Teesing vom 16. 10. 1946. OCenW (wie Anm. 3), CD IB, doos 330-2.

bekam die Katholische Gesellschaft für Geistige Erneuerung bereits im Januar 1947 die Erlaubnis, zwanzig Sprecher nach Deutschland zu entsenden, die Vorträge vor Jugendlichen und Studenten hielten. Weitere Kontakte zwischen der Informationsabteilung der niederländischen Militärmission in Berlin und der British Education Branch führten u. a. zu der Einladung, eine Gruppe niederländischer Jugendführer zusammenzustellen, die während einer etwa vierwöchigen Reise durch Deutschland die laufende Jugendarbeit kennenlernen und beurteilen sollten. Die Engländer erwarteten von niederländischen Jugendlichen ein einfühlsameres und kompetenteres Urteil als von britischen Gleichaltrigen.

Aufgrund dieser ersten, positiv verlaufenden Kontakte mit den westlichen Alliierten (insbesondere mit den Briten) erhofften sich die Niederländer auf kulturellem Gebiet eine Möglichkeit der Einflußnahme.

Nachdem man in der ersten Nachkriegszeit zunächst eine abwartende Haltung gegenüber den Alliierten und deren Deutschlandpolitik eingenommen hatte, legte die Regierung Beel im Februar 1947 ein Memorandum vor.<sup>6</sup> In dieser Stellungnahme unterstrichen die Niederländer ihre beiden Hauptanliegen: nämlich Frieden und Sicherheit einerseits, und Wiederherstellung des niederländischen Wirtschaftslebens und – damit unweigerlich verbunden – des Wohlstands in Deutschland andererseits. Die niederländische Regierung machte deutlich, daß sie eine möglichst schnelle Integration Deutschlands auf allen Gebieten des europäischen Lebens anstrebte. In dem Kapitel über die „kulturellen und geistigen Aspekte der deutschen Frage“ brachte man die Besorgnis über den geistigen, sittlichen und kulturellen Verfallsprozeß in Deutschland zum Ausdruck, der nach 1866 immer schneller vonstatten gegangen sei und der seit 1933 im Nationalsozialismus seine teuflischen Konsequenzen erreicht habe. Auch jetzt, nach dem Zusammenbruch des Machtraumes, stellten das herrschende „geistige Vakuum“ und der „Nihilismus“ eine Bedrohung dar – nicht allein für die Nachbarstaaten, sondern für die gesamte Welt. Das „geistige Vakuum“ müsse dringend mit positiven Werten aufgefüllt werden. Alle religiösen, kulturellen und gesellschaftlichen Kräfte inner- und außerhalb Europas müßten mobilisiert werden, um das kranke Deutschland zu genesen, da sonst eine für den Weltfrieden bedrohliche Infizierung Europas die Folge sein könne. Diese Wortwahl, die das Bild vom Deutschen als „Patienten“ wachruft, war in den Niederlanden der Nachkriegszeit durchaus weit verbreitet.

Die niederländische Regierung war der Meinung, daß die Niederlande einen wichtigen Beitrag zum „Genesungsprozeß“ der deutschen Nachbarn leisten könnten. Von jeher seien die Niederlande mit dem französischen, englischen und deutschen Geist in Berührung gewesen. Es wäre bedauerndswert, wenn bei der Lösung des deutschen Problems von den vom niederländischen Volk in Jahrhunderten angesammelten Erfahrungen kein Gebrauch gemacht werden würde. Obwohl der Begriff „Umerziehung“ nicht verwendet wurde, war doch davon die Rede, daß die bei den Deutschen vorhandenen „Bruchstücke von ‚Weltanschauung‘“ einer gründlichen Änderung bedürften, bevor wirkliche demokratische Verhältnisse eintreten könnten.

Die niederländische Regierung sei bereit, sich dafür einzusetzen, daß auch Niederländer Positionen in jenen Organen einnahmen, welche mit einer geistigen oder kulturellen Aufgabe in

<sup>6</sup> Memorandum van de Nederlandsche Regeering nopens het beleid door de geallieerde mogendheden ten aanzien van Duitsland te voeren.

Deutschland betraut seien. Ferner drängte die Regierung auf die Beseitigung der Hindernisse, die dem geistigen und kulturellen Verkehr zwischen den Niederlanden und dem Besatzungsgebiet entgegenstünden. Sie würde es begrüßen, wenn niederländischen Behörden, Organisationen und Einrichtungen die für den Austausch von Personen und Schriftmaterial nötigen Vergünstigungen gewährt werden würden. Last but not least plädierte die niederländische Regierung dafür, daß „bestimmte Gebiete West-Deutschlands – soweit es um die Leitung des kulturellen und pädagogischen Wiederaufbaus geht, und natürlich unter Aufsicht der zentralen bzw. interalliierten Organe – der niederländischen Fürsorge anvertraut werden, im besonderen diejenigen Gebiete, welche aufgrund von Volksart, historisch-kultureller Bande und Dialekt den Niederlanden verwandt sind.“

Kurze Zeit darauf ließ die britische Botschaft – unter Verweis auf das Memorandum – wissen, daß „British authorities would warmly welcome such assistance from the Netherlands“. Da den Niederländern nunmehr sozusagen „grünes Licht“ gegeben war, ging man im Außenministerium daran, konkrete Pläne zu erarbeiten. Im Mai 1947 wurde dem Kultusministerium eine „Note bezüglich der Umerziehung in Deutschland“ vorgelegt.<sup>7</sup> Die zugrundeliegende Devise lautete: „Selbst aktiv werden und versuchen, zu lenken und zu leiten“. Dies sollte auf der Basis der niederländischen „geistigen Traditionen der Demokratie, der Freiheit und der Toleranz“ geschehen. In der Note ging man davon aus, daß zur Verwirklichung der konkreten Vorhaben 1–2 Mio. Gulden notwendig seien. Eine enorme Summe, die allerdings gerechtfertigt sei: „Im Verhältnis zu dem Problem, vor dem man steht, ist dies wenig; es ist in nationaler Hinsicht als Erfordernis der Selbsterhaltung, in internationaler Hinsicht als Auftrag und Berufung der Niederlande eine Ausgabe, die sich rentiert.“ Gegen eine solche im kulturellen Bereich liegende Expansionspolitik, die mit Ostfriesland, der Grafschaft Bentheim und dem Gebiet um Kleve jedoch durchaus geographische Schwerpunkte haben sollte, könne man keine Bedenken haben. Sie komme nicht zuletzt dem weiteren Aufbau eines föderalen Europa zugute.

Ende Mai 1947 wurde im Ministerrat über das weitere niederländische Vorgehen entschieden. Die Regierung lehnte es ab, die sich aus dem Memorandum vom Januar ergebenden Aufgaben von staatlicher Seite in die Hand zu nehmen. Man wollte sie der privaten Initiative überlassen. Insbesondere Kultusminister Gielen wandte sich vehement gegen eine staatliche Einmischung. Er lehnte sogar die Entsendung eines Kulturfachmannes in die britische Zone ab.

Wenige Monate später hatten sich zwölf niederländische Privatorganisationen – ganz im Sinne der Regierung – zur „Coördinatie-Commissie voor culturele betrekkingen met Duitsland“ (CCCCD) zusammengeschlossen. Zu den ersten Mitgliedsorganisationen zählten u. a. das Niederländische Rote Kreuz, die Niederländische Gesellschaft für Internationale Angelegenheiten, die Internationale Kommission des Ökumenischen Rates, die Katholische Gesellschaft für Geistige Erneuerung und der International Student Service. Bald darauf erweiterte sich der Kreis der Mitgliedsorganisationen; neben anderen traten der Bund der Humanisten, das Niederländische Frauen-Komitee, die Deutschland-Kommission der sozialdemokratischen Partij van de Arbeid und die großen niederländischen Gewerkschaften bei. Bemerkens-

<sup>7</sup> Ministerie van Buitenlandsche Zaken, Directie Administratieve Zaken: Nota betreffende wederopvoeding in Duitsland. OCenW (wie Anm. 3), CD IB, doos 330-2.

wert ist die Tatsache, daß in dieser Kommission alle großen Strömungen der niederländischen Gesellschaft repräsentiert waren: sowohl Katholiken, als auch Protestanten, Sozialisten, Liberale und Freisinnige – nur die Kommunisten blieben außen vor. Zu den Gründungsmitgliedern zählten bezeichnenderweise auch der Europa-Idee verpflichtete Organisationen wie die „Europäische Aktion“. Der erste Präsident der CCCD, W. Verkade, war Mitglied der Union Européenne des Fédéralistes. Er wurde 1949 zum offiziellen Vertreter der UNESCO in der britischen Zone ernannt.

Die CCCD wurde vom niederländischen Staat mit einem Startkapital von 75 000 Gulden ausgestattet. Zwar blieb dies weit hinter den von Beamten des Außenministeriums veranschlagten 1–2 Mio. Gulden zurück, es stellte aber in Anbetracht der insgesamt sehr schwierigen Finanzlage eine beachtliche Summe dar. In den folgenden Jahren mußte die CCCD jedoch immer wieder um Subventionen kämpfen.

Trotzdem entfaltete die Organisation rege Aktivitäten. Einige der angeschlossenen Organisationen waren bereits vor Gründung der CCCD aktiv gewesen. So hatte beispielsweise das niederländische Komitee des International Student Service schon im Mai 1947 eine großangelegte Konferenz zum Thema „Deutschland“ veranstaltet, an der Vertreter des Außen- und des Kultusministeriums sowie ausländische Gäste teilnahmen, und die deutlich dem Zweck dienen sollte, niederländische Studenten zur Aufnahme geistiger und kultureller Kontakte zu Deutschen zu motivieren.

Die CCCD organisierte in der ersten Zeit vor allem Vorträge. 1948 initiierte sie ca. zwanzig deutsch-niederländische Konferenzen in einem Zentrum in Burgsteinfurt, das ihr vom Niederländischen Roten Kreuz zu diesem Zweck zur Verfügung gestellt wurde. Die ersten Gruppenkontakte der Nachkriegszeit zwischen niederländischen und deutschen Lehrern, Schülern, Studenten, Professoren, Juristen und Bürgermeistern wurden hier hergestellt.

Im September 1948 gelang es der CCCD aufgrund der guten Kontakte, die ihr (ehemals bei der niederländischen Militärmission beschäftigter) Geschäftsführer V.A.M. Beermann zu der britischen Besatzungsmacht hatte, mit dem britischen Militärgouverneur eine Vereinbarung zu schließen, wonach die CCCD frei über eine bestimmte Anzahl von Visa verfügen konnte. Sie setzte sich auch schon sehr früh dafür ein, Deutschen den Aufenthalt in den Niederlanden zu ermöglichen; insbesondere solchen, die dann in der Heimat als Multiplikatoren für die Vermittlung demokratischen Gedankengutes fungieren konnten. So plädierte die CCCD im Juni 1949 beim niederländischen Unterrichtsministerium für die Einladung von Lehramtsstudenten und jungen Lehrern. „Ein solcher Besuch im Westen beeinflusst die Deutschen effektiver als viele Reden oder das Senden von Schriftmaterial nach Deutschland. Insbesondere auf dem Gebiet des Unterrichtswesens und der außerschulischen Erziehung ist dies deutlich der Fall“, hieß es.<sup>8</sup>

Anfang Februar 1949 führten Vertreter der CCCD mit der nordrhein-westfälischen Kultusministerin Christine Teusch sowie mit einer Reihe anderer Prominenter Gespräche über die Gründung einer deutschen Schwesterorganisation. Noch im gleichen Monat wurde in Düsseldorf der „Arbeitsausschuß für kulturelle Beziehungen mit Holland“ (AKH) errichtet. Er bezweckte „die Pflege kultureller Beziehungen mit Holland“ und verfolgte ausdrücklich „keine

<sup>8</sup> OCenW (wie Anm. 3), archief afdeling BB-5:4 Duitsland, doos 331, VVV-Alg. cat. 23/6/1/2, 1952 (in doos 293!); CCCD aan OK & W, 27. 6. 1949.

politischen Ziele“.<sup>9</sup> Dennoch gehörten zu den Gründungsmitgliedern u. a. drei Vertreterinnen der Landesregierung, sowie der Oberkreisdirektor von Burgsteinfurt, der Rektor der Universität Köln und eine Vertreterin des Deutschen Roten Kreuzes. Bis 1950 beteiligte sich der AKH an der Verwaltung des deutsch-niederländischen Kulturzentrums in Burgsteinfurt, das auch von der Düsseldorfer Regierung finanzielle Unterstützung erhielt.

Eine der größten und wichtigsten Veranstaltungen der CCCD in dieser jüngsten Phase der Bundesrepublik war eine große Studienkonferenz zum Thema „Die Niederlande und Deutschland in Europa“, die sie im Oktober 1950 gemeinsam mit der Niederländischen Handelskammer für Deutschland in Oosterbeek bei Arnheim abhielt. An dieser Konferenz nahmen bekannte Politiker, Wissenschaftler und Wirtschaftsvertreter teil, u. a. auch Kultusministerin Teusch.

Insgesamt gesehen blieb der deutsch-niederländische Kulturaustausch – nicht zuletzt aufgrund rein technischer Probleme – bis 1950 sehr schwierig und auf einen relativ kleinen Personenkreis beschränkt. Für den niederländischen „Normalbürger“ war Deutschland bis zur Öffnung für den Touristenverkehr am 21. Juni 1949 fast unzugänglich. Auch die Niederlande führten eine restriktive Visumpolitik, die erst 1950 gelockert und noch später, im Dezember 1953, abgeschafft werden sollte. 1949 beantragten über 1200 Deutsche beim niederländischen Ausländerdienst ein Visum für geistige und kulturelle Zwecke. In umgekehrter Richtung handelte es sich um in etwa doppelt so viele Anfragen.

Die zweite Periode in den kulturellen Beziehungen beider Staaten, die Periode der Normalisierung und der Verhandlungen über ein bilaterales Kulturabkommen bis hin zu dessen Abschluß, setzt in etwa mit der Wiederherstellung normaler diplomatischer Beziehungen ein. Im April bzw. Juli des Jahres 1951 nahmen die Botschaften in Bonn und Den Haag ihre Arbeit auf. Gleichzeitig wurde am 26. Juli 1951 der Kriegszustand offiziell beendet. Formell waren die Kulturbeziehungen mit Deutschland ab diesem Zeitpunkt denen mit anderen Staaten gleichgestellt. Tatsächlich wurde diese Gleichstellung jedoch erst zehn Jahre später, im April 1961 besiegelt, als das deutsch-niederländische Kulturabkommen unterzeichnet wurde. Von niederländischer Seite wurde der weiteren Normalisierung im September 1951 durch die Einstellung eines Kulturattachés an der Bonner Botschaft Ausdruck verliehen. In London und Paris waren schon seit Jahren Kulturattachés tätig. Neben kleineren Kunstausstellungen und Vorträgen, die der niederländische Pressereferent Braaksma in seinem Haus in Bad Godesberg organisierte, bekam die niederländische kulturelle Präsentation in Deutschland in jenen Jahren jedoch mit Vorträgen über die Einpolderungen im IJsselmeer und über die Herstellung von Käse den Charakter von Wirtschaftswerbung, der mit den ab 1955 stattfindenden kulturell-ökonomischen „niederländischen Wochen“ nochmals verstärkt wurde, und der bis in die heutige Zeit prägend für das niederländische Image ist („Holland Promotion“).

Symbolisch für die Normalisierung der Beziehungen war auch die Neugründung der „Genootschap Nederland – Duitsland“ Ende 1952. Die Initiative ging von Amsterdamer und Den Haager Wissenschaftlern aus, die dazu beitragen wollten, daß man in den Niederlanden –

<sup>9</sup> Satzung des Arbeitsausschusses für kulturelle Beziehungen mit Holland (AKH) vom 18. 2. 1949, in: Archiv des niederländischen Außenministeriums in 's-Gravenhage (Ministerie van Buitenlandse Zaken, BuZa), Dienst Documentaire Informatievoorziening, Bureau Bibliotheek en Informatiedesk, departementaal archief Code 8, BuZa 8 Duitsland 1945–54, omslag 84.

wie vor dem Kriege – „Interesse empfindet für das Land, das Dürer, Kant, Goethe und Beethoven hervorgebracht hat.“<sup>10</sup> Die CCCD begrüßte diese Gründung der Genootschap nicht sonderlich, zumal sich schnell herausstellen sollte, daß die deutsche Botschaft, die der CCCD nicht sehr wohlgesonnen war, zur Genootschap ein gutes Verhältnis entwickelte – was sich auch in finanzieller Unterstützung äußerte. Andererseits verdankte die CCCD diesem finanziellen Engagement der Deutschen ihr eigenes Fortbestehen: denn hätte das Außenministerium sich nicht gezwungen gesehen, dem zunehmenden deutschen Einfluß etwas entgegenzusetzen, hätte Minister Stikker weitere Subventionen verweigert.

Im selben Jahr (1952) wurden in Deutschland – wiederum durch Anregungen der CCCD – mehrere neue deutsch-niederländische Arbeitsgemeinschaften gegründet, u. a. in Münster, Aachen und Köln, aber auch eine im niedersächsischen Hannover. Der Düsseldorfer „Arbeitsausschuß für kulturelle Beziehungen mit Holland“ hatte in den ersten zwei Jahren seines Bestehens keine großen Initiativen unternommen und bis Ende 1951 kaum einen Bekanntheitsgrad erreicht. Um in Zukunft effektiver auftreten zu können, schlossen sich die verschiedenen Arbeitsgemeinschaften 1952 zu einer von Land und Bund geförderten Dachorganisation, der „Bundesgemeinschaft deutsch-niederländischer Vereinigungen“, zusammen.

Im Sommer 1953 hielten die Deutschen abermals eine Intensivierung der kulturellen Aktivitäten in den Niederlanden für notwendig.<sup>11</sup> Diese aktivere Haltung fiel zeitlich mit den Bestrebungen der NATO-Mitgliedstaaten zusammen, ihre kulturelle Zusammenarbeit zu vertiefen.

Die Botschaft in Den Haag plädierte für die Einstellung eines deutschen Kulturattachés.<sup>12</sup> Seit Mai 1952 war zwar Alexander Drenker als Presseattaché in Den Haag tätig, aber ein Kulturfachmann fehlte der deutschen Botschaft noch. Zur tatsächlichen Einstellung eines Kulturattachés kam es allerdings erst im Jahre 1957.

Seit Anfang des Jahres 1954 entwickelten sich die Kontakte zwischen dem niederländischen Außenministerium und der deutschen Botschaft positiv. Wahrscheinlich hat im Sommer 1954 eine erste Fühlungnahme in Sachen Kulturabkommen stattgefunden, worauf die Niederländer jedoch mit einem Hinweis auf die ungelösten bilateralen Fragen noch abwehrend reagierten.<sup>13</sup>

Hinzu kam, daß von deutscher Seite mehrfach darauf aufmerksam gemacht wurde, daß man die CCCD als Störfaktor in den Kulturbeziehungen betrachtete. Insbesondere Martha Baerlecken, die Vorsitzende der Bundesgemeinschaft deutsch-niederländischer Vereinigungen, äußerte scharfe Kritik. Wesentlicher Hintergrund dafür war abermals der ewige „Stein des Anstoßes“: die CCCD galt in Deutschland als Organisation mit re-educativer Zielsetzung. Zudem hielten viele Deutsche sie für eine staatliche Institution. Die scharfe Kritik war Aus-

<sup>10</sup> Eerste jaarverslag Genootschap Nederland-Duitsland (Juli 1954), in: BuZa (wie Anm. 9) 810.1. Cult. akk. Nederland-Buitenland 1955–64, omslag 158.

<sup>11</sup> Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes in Bonn (PA), Neues Amt, Kulturabteilung, Abt. VI, Bd. 56, Kulturelle Beziehungen Niederlande, Salat an von Nostitz, 8. 6. 1953; vgl. ebd., Aufzeichnung 29. 7. 1953; vgl. auch Wielenga (wie Anm. 1), S. 356.

<sup>12</sup> PA (wie Anm. 11), Abt. VI, Bd. 56, Kulturelle Beziehungen Niederlande, von Nostitz an Salat, 26. 6. 1953 und 9. 7. 1953.

<sup>13</sup> Vgl. Wielenga (wie Anm. 1), S. 357; PA (wie Anm. 11), Abt. II, Ref. 204, 94.17, Bd. 141, Niederlande Außenpolitik, Mühlenfeld an Auswärtiges Amt, 7. 7. 1954.

löser für die Reorganisation der CCCD, die im Januar 1955 durch eine Namensänderung und durch neue Statuten besiegelt wurde. Ziel der „Commissie voor Culturele Betrekkingen met Duitsland“ (CCD) war es fortan, „die kulturellen und intellektuellen Beziehungen zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik zu unterhalten und zu fördern“. Die zur Verfügung stehenden Mittel zur Erreichung des Vereinsziels waren „die Unterhaltung und Förderung des Kontakts mit und zwischen den dafür in Betracht kommenden Personen und Organisationen im In- und Ausland“, „die Stimulierung von Jugendaustausch und Jugendkontakten“ sowie „die Gewährung administrativer und finanzieller Hilfe für Personen oder Organisationen im In- und Ausland“, soweit deren Aktivitäten dem Vereinszweck dienlich waren. Die Statuten waren bereits deutlich auf eine zukünftige Rolle der Organisation im Zusammenhang mit dem Kulturabkommen zugeschnitten. Im Laufe des Jahres 1955 sollte sich jedoch herausstellen, daß das Kultusministerium, welches nach der Reorganisation für die CCD verantwortlich war, dieser nicht die Sympathie entgegenbrachte und ihr nicht die zukünftige Rolle zuteil werden lassen wollte, die man auf Seiten des Außenministeriums und der CCD selbst erwartet hatte. Die Hauptursache hierfür war, daß Onderwijs Kunsten en Wetenschappen nicht die These des Außenministeriums vertrat, daß die kulturellen Beziehungen zu Deutschland einen speziellen Aspekt besäßen, der eine vom normalen Muster der auswärtigen Kulturbeziehungen abweichende Behandlung rechtfertige.<sup>14</sup>

Für die Bundesrepublik stand nach dieser Entwicklung der Aufnahme von Verhandlungen über ein deutsch-niederländisches Kulturabkommen nichts mehr im Wege. Am 1. März 1955 meldete Botschafter Hans Mühlendorf dem Auswärtigen Amt, daß man diesbezüglich mit dem Leiter der Deutschland-Abteilung im niederländischen Außenministerium Kontakt aufgenommen habe.<sup>15</sup>

Obwohl die Niederländer bereits Anfang März 1955 bereit waren, Verhandlungen über ein Kulturabkommen aufzunehmen, und im Laufe des Jahres auch von den niederländischen Delegierten in den Kulturausschüssen des Europarates und der Westeuropäischen Union der Wunsch nach einer solchen bilateralen Vereinbarung geäußert wurde, legte die deutsche Seite den ersten Textentwurf erst Ende Februar 1956 vor. Die innerdeutsche Diskussion um die Verteilung der Vertragsschließungskompetenz zwischen Bund und Ländern, und damit auch um die Zuständigkeit im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik, hatte zu dieser Verzögerung geführt. Die Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes wandte sich mehrmals an die Kulturabteilung mit der Bitte, den Abschluß weiterer Kulturabkommen zurückzustellen. Der stellvertretende Leiter der Kulturabteilung, Schlegelberger, antwortete hierauf mit Schreiben vom 5. Januar 1956, daß „durch den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur WEU sich die Notwendigkeit ergibt, mit den anderen Vertragspartnern dieser Union Kulturabkommen zu schließen“. Die Westeuropäische Union habe es sich zur Aufgabe gemacht, zwischen den einzelnen Vertragspartnern engere kulturelle Beziehungen herzustellen. Die ehemaligen Brüsseler Pakt-Mächte seien aus diesem Grunde bereits entsprechende Abmachungen einge-

<sup>14</sup> BuZa (wie Anm. 9), 810.1 Duitsland (West); Commissie voor Culturele Betrekkingen met Duitsland 1955–1958, omslag 81, doos 6, Memorandum Directie Europa Bureau Midden-Europa (DEU/ME) an Assistent-Secretaris-Generaal Administratieve Zaken (ASAZ), 10. 8. 1955.

<sup>15</sup> PA (wie Anm. 11), Abt. VI, Bd. 125, Deutsch-Niederländisches Kulturabkommen, 600/401-01-53/05915, Schreiben Mühlendorf an Auswärtiges Amt, 1. 3. 1955.

gangen. Für die Bundesrepublik und Italien bestehe jedoch das Erfordernis, ihre kulturellen Beziehungen zu den übrigen Vertragspartnern im Wege von gegenseitigen Kulturabkommen zu vertiefen. Nachdem das deutsch-französische Kulturabkommen bereits in Kraft getreten sei und der Abschluß von Abkommen mit Großbritannien und Italien bevorstehe, bestehe nunmehr auch die Verpflichtung eines Abschlusses von Kulturabkommen mit den Benelux-Staaten. Im übrigen geschehe die Ausarbeitung der Abkommen auf ausdrückliche Weisung von Staatssekretär Hallstein.<sup>16</sup>

Die deutsche Seite hatte darauf gehofft, das Kulturabkommen schon anläßlich des Besuchs von Außenminister von Brentano in den Niederlanden (am 8. und 9. März 1956) unterzeichnen zu können. Der Leiter der Kulturabteilung, Trützscher von Falkenstein, hatte versucht, die Niederländer mit dem Hinweis darauf, daß „materiell erhebliche“ Gegenvorschläge niederländischerseits aufgrund der schwierigen deutschen Kompetenzverteilung zu erheblichen Verzögerungen führen müßten, unter Druck zu setzen. Die Niederländer ließen sich jedoch nicht drängen. Im Pressecommuniqué des Außenministertreffens hieß es daher lediglich: „Die Minister stellten mit Genugtuung fest, daß die Verhandlungen über den Abschluß eines niederländisch-deutschen Kulturabkommens inzwischen begonnen haben.“ In der Pressekonferenz erklärte von Brentano, daß er hoffe, daß das Abkommen so rasch wie möglich unterzeichnet und in Kraft gesetzt werden würde, denn, so Brentano wörtlich, „gerade auf dem Gebiet des kulturellen Austauschs haben sich die europäischen Völker viel mehr zu sagen, als sie vielleicht wissen. Nicht in der Art – der Form –, daß wir uns gegenseitig beeinflussen, verbessern, korrigieren wollen, sondern daß wir das tun, was eine verhängnisvolle Entwicklung gestört hat.“ Von Brentano hob dabei stark auf das „ungeheure kulturelle Gut“ ab, das es zu verwalten gelte, und weniger auf den pädagogischen Austausch.<sup>17</sup> Seine Äußerungen waren im Grunde bezeichnend für die deutsche Haltung: zum einen die Betonung des europäischen Zusammenhangs, zum anderen die Ablehnung der gegenseitigen Beeinflussung. Letzteres konnte man freilich deuten, wie man wollte: als Beteuerung der Abkehr Deutschlands von der Kulturpropaganda, aber ebensogut als Fingerzeig in Richtung der Niederländer, deren „Umerziehungsmaßnahmen“ man als Einmischung in die inneren Angelegenheiten des eigenen Staates empfand und die man sich daher ebensowenig gefallen lassen wollte. Die weiteren Verhandlungen über das Kulturabkommen gestalteten sich äußerst zäh und kompliziert. Beide Seiten verzögerten den Abschluß. Je nachdem wie die Lage in den parallel verlaufenden allgemeinen deutsch-niederländischen Ausgleichsverhandlungen sich entwickelte, ging es mit dem Kulturabkommen mal vorwärts und mal nicht.

Nachdem die Niederländer im Juni 1957 sogenannte „Übersetzungsprobleme“ als Verzögerungstaktik angewendet hatten, bot sich, nach dem Außenministerbesuch im März 1956, im Oktober 1957 eine zweite Gelegenheit zur Unterzeichnung des Kulturabkommens. „Im Einvernehmen“ mit dem deutschen Delegationsleiter der Ausgleichsverhandlungen, dem Rechtsberater der Bundesregierung Prof. Dr. Erich Kaufmann, erachtete die Kulturabteilung des Auswärtigen Amtes es allerdings als zweckmäßig, „wenn das Kulturabkommen erst dann

<sup>16</sup> PA (wie Anm. 11), Abt. VI, Bd. 125, Deutsch-Niederländisches Kulturabkommen, 600/401-01-53/40018/55, Schlegelberger an Referat 500, 5. 1. 1956.

<sup>17</sup> PA (wie Anm. 11), Microfiche-Bestand B 24 Band 125, B 00125-2. Aufzeichnung Pressekonferenz, 9. 3. 1956.

unterzeichnet werden würde, nachdem in den Ausgleichsverhandlungen eine grundsätzliche politische Einigung über die Hauptprobleme erzielt worden ist.“ Wann dies der Fall sein würde, ließe sich zu dem Zeitpunkt „noch nicht übersehen“.<sup>18</sup>

Der Bitte des deutschen Botschafters, der zu erwartenden niederländischen Initiative zur Abkommensunterzeichnung „keinerlei Hindernisse entgegenzustellen und ihr ohne Rücksicht auf Stand und Gang der allgemeinen Verhandlungen zu entsprechen“, da „[s]elbst im Falle eines Scheiterns dieser Verhandlungen – und gerade dann – [...] ja nicht darauf verzichtet werden [könne], auf anderen Gebieten die gutnachbarlichen Beziehungen sorgfältig weiter zu pflegen“,<sup>19</sup> wurde nicht entsprochen. In der Bonner Kulturabteilung maß man solchen kulturpolitischen Überlegungen keine große Bedeutung zu. Hier folgte man widerstandslos den Direktiven, die aufgrund machtpolitischer Interessen des deutschen Staates zustande kamen. Dabei ist die Haltung in der Sache des Kulturabkommens mit den Niederlanden symptomatisch für einen weiterreichenden Mangel an kulturpolitischem Engagement: Im Sommer 1958 geriet die Kulturabteilung, in der laut einem Bericht in der Stuttgarter Zeitung „Routinebeamte als Sachverwalter der Kultur“ auftraten, denn auch erheblich in die öffentliche Kritik, was schließlich die Ablösung ihres Leiters, Trützschler von Falkenstein, zur Folge hatte. Das niederländische Kabinett stimmte der Unterzeichnung des Abkommens am 14. November 1958 zu. Diese Zustimmung ist einem Vorstoß der damaligen Kultusministerin ad interim, Marga Klompé, zu danken, die sich nach dem Kriege in vielerlei Hinsicht für die deutsch-niederländischen Beziehungen stark gemacht hatte. In der Folge entbrannte in den beiden zuständigen Ministerien allerdings eine Diskussion über die Art des parlamentarischen Genehmigungsverfahrens. Einige Beamte im Außenministerium befürchteten für den Fall, daß man das Abkommen wie gewöhnlich stillschweigend billigen ließe, daß einige Abgeordnete sich „bitterer Auslassungen [...] über einen früheren Kontakt mit der deutschen Kultur“ nicht würden enthalten können, was sich ihrer Meinung nach nachteilig auf die bilateralen Beziehungen auswirken würde. Andere hielten diese Befürchtungen für unberechtigt. Insbesondere Kultusminister Cals war prinzipiell gegen eine Sonderbehandlung des Abkommens mit der Bundesrepublik.

Am 22. Januar 1959 unterbreiteten die Niederlande der Bundesrepublik den Vorschlag, zur Unterzeichnung überzugehen. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Bundesrepublik mit allen westeuropäischen Staaten Kulturabkommen abgeschlossen, außer mit Dänemark und den Niederlanden. Auch in den Gesamtverhandlungen ging es seit der Ende 1958 erfolgten Ablösung des resignierten Erich Kaufmann durch Staatssekretär Rolf Lahr wieder bergauf. Lahr brachte die festgefahrenen Verhandlungen durch die Präsentation einer globalen Abfindungssumme im März 1959 wieder in Bewegung. Mit diesem Plan Lahrs hoffte die Bundesregierung, gleichzeitig einen weiterreichenden politischen Effekt zu erzielen: Der Sowjetunion sollte nach dem Berlin-Ultimatum vom November 1958 und dem erneuten Friedensvertragsangebot vom Januar 1959 die politische Geschlossenheit des Westens demonstriert werden. Hierzu hätte es auch gut gepaßt, dem Osten die „kulturelle Homogenität“ des Westens vor

<sup>18</sup> PA (wie Anm. 11), Abt. VI, Bd. 125, Deutsch-Niederländisches Kulturabkommen, 600/401-01-53/2523/57, Schreiben Schlegelberger an Botschaft Den Haag, 17. 10. 1957.

<sup>19</sup> PA (wie Anm. 11), Abt. VI, Bd. 125, Deutsch-Niederländisches Kulturabkommen, 401-01 K.Nr. 301 X, Schreiben Mühlenfeld an Auswärtiges Amt, 28. 11. 1957.

Augen zu führen. Leider sollte es bis zum Abschluß des Kulturabkommens aber noch dauern, denn die Bundesregierung hatte sich zwischenzeitlich in der Lindauer Absprache vom November 1957 verpflichtet, die Zustimmung aller Länderregierungen zu diesem Abkommen einzuholen. Durch die Einschaltung der Ständigen Vertragskommission der Länder im April 1959 konnte das Kulturabkommen – nun zum dritten Mal in greifbare Nähe gerückt (nach März 1956 und Oktober 1957) – wieder nicht unterzeichnet werden; aufgrund bürokratischer Hürden einerseits, aber auch durch erneute Verzögerungen des Auswärtigen Amtes andererseits. Jedoch sprach sich auch der niederländische Außenminister Luns noch im Dezember 1959 gegen eine Unterzeichnung des Kulturabkommens vor der sogenannten „Generalvereinbarung“ aus. Als im März 1960 endlich eine Einigung in den Ausgleichsverhandlungen erreicht werden konnte, drängte das niederländische Außenministerium hingegen bei Onderwijs Kunsten en Wetenschappen auf eine schnelle Bearbeitung des Kulturabkommens, damit man beide Verträge im April gemeinsam unterzeichnen könne. Es folgten jedoch noch weitere bürokratische Verzögerungen, da die deutsche Seite noch zweimal eine Reihe von Änderungsvorschlägen behandelt sehen wollte.

So konnte das deutsch-niederländische Kulturabkommen schließlich erst im April 1961 unterzeichnet werden, nachdem der niederländische Botschafter in Deutschland, H. van Vredenburg, es im Januar einen „Skandal“ genannt hatte, daß dieses Abkommen nach so vielen Jahren immer noch nicht zustande gekommen war.<sup>20</sup> Der Vertrag ging als „Löns-Luns-Abkommen“ in die Geschichte ein (es wurde vom deutschen Botschafter Löns und vom niederländischen Außenminister Luns unterzeichnet).

Die vorausgegangenen Darlegungen können in zwei Thesen zusammengefaßt werden:

1. In den ersten Nachkriegsjahren betrachteten viele Niederländer die Deutschen als ein krankes Volk, das in einem „kulturellen Vakuum“ verkehrte. Dabei herrschte in einigen Kreisen durchaus der aufrichtige Wille sowie das Bewußtsein über die Notwendigkeit, dem „Patienten Deutschland“ zu helfen, das deutsche Volk aus seiner Isolation zu befreien und in die westeuropäische Kulturgemeinschaft zu integrieren.
2. Als es in späteren Jahren um die offizielle Bestätigung der Normalisierung der Kulturbeziehungen ging, maßen die Verantwortlichen kulturpolitischen Überlegungen wenig Bedeutung bei. Das Kulturabkommen wurde zum Spielball in einem vom Primat der Außenpolitik beherrschten machtpolitischen Spiel.

<sup>20</sup> BuZa (wie Anm. 9), 810.1 Duitsland (West); Culturele overeenkomst met Nederland 1955–1961, omslag 83, doos 6, Brief van Vredenburg an H. van Houten, Staatssekretär im niederländischen Außenministerium, 27. 1. 1961.